

Detailhandel

Migros verkauft Tochterfirma
Mibelle nach Spanien. 7

Abschied von der Bühne

Klarinetistin Sabine Meyer
wird innigst beklatscht. 15

Verweilen im Freien

«Universum» und Buvetten
starten heute in die Saison. 19

Luzerner Zeitung

Dienstag, 1. April 2025

AZ 6002 Luzern | Nr. 76 | Fr. 4.50 | luzernerzeitung.ch



Felix Hirsiger

Der Rennfahrer aus
Küssnacht gibt nun
im Ferrari Vollgas. 30

muri
muri-tex.ch

Reinigung für

- Teppiche • Kleider
- Vorhänge • Polster

041 340 50 55

Luzerner Komitee sagt Lobbyisten in Bundesbern den Kampf an

Initiative Eine elfköpfige Gruppe Parteilooser rund um den früheren Krienser CVP-Einwohnerrat Roland Schwizer sammelt seit kurzem Unterschriften für die Initiative «No Lobbying». Demnach sollen Parlamentsmitglieder mit wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen nicht mehr in Kommissionen sitzen dürfen, deren Zuständig-

keitsbereich mit den vertretenen Interessen zusammenhängt. Ausserdem sollen National- und Ständeräte ihre Honorare offenlegen müssen.

Damit die von der Bundeskanzlei geprüfte und abgesegnete Initiative zustande kommt, muss das Komitee in eineinhalb Jahren 100'000 Unterschriften sammeln. (nus)

17

Elf Luzerner haben etwas gegen Lobbyisten

Eine Gruppe Parteiloser will den Einfluss von Lobbyisten in Bundesbern beschränken. Die Frist für die Unterschriftensammlung läuft.

Lukas Nussbaumer

«No Lobbying». So heisst eine eben gestartete eidgenössische Initiative, in der ganz viel Luzerner steckt. Hinter dem Volksbegehren stehen nämlich ausschliesslich Luzerner und Luzernerinnen aus der Stadt und Agglo, und der Text erinnert Politinteressierte sofort an den «Fall Damian Müller». Der FDP-Ständerat aus Hitzkirch wurde im vergangenen Frühjahr bekanntlich deshalb nicht Verwaltungsratspräsident des Luzerner Kantonsspitals, weil er zu stark verhandelt war mit der Gesundheitsbranche. Kritisiert wurden dabei auch seine Rollen in Bern als Präsident der ständerätlichen Gesundheitskommission und als gleichzeitiges Mitglied mehrerer Organisationen in der Gesundheitsbranche.

Doch wie stellen sich die elf Urheberinnen und Urheber aus Kriens, Luzern, Ebikon und Rothemburg ihre «No-Lobbying»-Initiative genau vor? Sie wollen die Bundesverfassung in drei Punkten ändern, wie der kürz-

lich von der Bundeskanzlei publizierte Text zeigt. So sollen National- und Ständeratsmitglieder «mit ausgewiesenen wirtschaftlichen und politischen Interessenbindungen» – erstens – «nicht in Kommissionen Einsitz nehmen dürfen, deren Zuständigkeitsbereich einen Zusammenhang mit den betreffenden Interessen hat».

Auf Damian Müller bezogen würde das heissen: Seine bezahlten Ämter als Präsident des Schweizer Medizintechnikverbands, der IG Biomedizinische Forschung und Innovation sowie des Forums Gesundheit Schweiz sind nicht vereinbar mit der Einsitznahme in der ständerätlichen Gesundheitskommission, die Müller derzeit präsidiert.

Honorare sollen offengelegt werden müssen

Zweitens verlangen die Initianten, dass National- und Ständeräte mit den erwähnten wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen «bei Debatten in den Ausstand treten, die

«Wir wollen nicht länger die Faust im Sack machen, sondern etwas tun.»



Roland Schwizer
Vater der
«No-Lobbying»-Initiative

einen Zusammenhang mit den betreffenden Interessen haben». Die Ausstandspflicht soll sowohl für Diskussionen in den Räten als auch in den Kommissionen gelten.

Drittens sollen die Mitglieder der Bundesversammlung die «Art und den Umfang ihrer Interessenbindungen sowie Honorare und andere geldwerte Leistungen in einem Register deklarieren müssen». Heute müssen die Bundespolitikerinnen und -politiker nur angeben, ob sie ihre Mandate gegen Geld oder ehrenamtlich ausüben.

«Wir sind parteilose Bürgerliche»

Vater dieser Forderungen ist Roland Schwizer. Sie sind dem früheren Krienser CVP-Einwohnererrat «nach vielen Gesprächen im Kollegenkreis eingefallen», wie er auf Anfrage sagt. Er und seine zehn Mitstreiterinnen und Mitstreiter hätten sich gesagt: «Wir wollen nicht länger die Faust im Sack machen, sondern etwas tun.» Ständig lese man von Lobbyisten, die ihre

Interessen in Bundesbern erfolgreich durchbrächten – «als willfährige Helfer von gut zahlenden Institutionen».

Schwizer betont, Futterneid habe niemanden der Initiantinnen und Initianten angetrieben. «Aber es ist relevant, ob jemand von einem Verband 2000 Franken erhält oder mit 40'000 Franken das halbe Jahresgehalt eines Angestellten kassiert.» Das Sprichwort «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing» treffe auch auf Volksvertreterinnen und -vertreter zu. Politisch stünden alle Komiteemitglieder in der Mitte. «Wir sind parteilose Bürgerliche», sagt Schwizer, der sein Geld als Einkäufer verdient.

Initianten setzen auf soziale Medien – aber nicht nur

Die Hürde der gesetzlichen Konformität des Initiativtextes haben Schwizer sowie seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter nach intensivem Austausch mit der Bundeskanzlei also übersprungen; die 18-monatige Frist für die Sammlung der 100'000

benötigten Unterschriften läuft seit dem 25. März. «Das ist für uns als Personen ohne politisches oder anderweitiges Netzwerk wie etwa über Studentenverbindungen oder Verbandsmitgliedschaften schon einmal ein Erfolg», sagt Schwizer.

Bei der Unterschriftensammlung setze man vor allem auf soziale Medien wie LinkedIn und Instagram – aber auch auf die Thematisierung ihrer Forderungen in den klassischen Medien. «Sind unsere Anliegen einmal bekannt, kann die Initiative zu einem Selbstläufer werden», glaubt Schwizer. Scheitern die Initiantinnen und Initianten, wäre das «kein Unglück. Ich habe 5000 Franken aus dem eigenen Sack investiert. Mehr als das kann ich nicht verlieren.» Gewinnen würden sie als Team aber auf jeden Fall – «durch viele neue Erfahrungen und interessante Diskussionen».

Hinweis

Initiativtext im Wortlaut und mehr Informationen unter www.no-lobbying.ch